

NACHGEFRAGT

«Solche Spiele können nicht nachhaltig sein»

«Bündner Tagblatt»: Ihre Medienunterlagen waren heute innert Kürze vergriffen. Olympische Spiele wären doch eine ideale Plattform, Ihre Anliegen zu platzieren ...

Bruno Walder (Geschäftsführer Cipra): Wenn die Spiele nachhaltig wären, ja, aber das, was uns da präsentiert wird, und alle Erfahrungen aus vorhergehenden gehen komplett in eine andere Richtung.

Die Erfahrungen mit früheren Spielen sind eines, die Promotoren von «Graubünden 2022» wollen aber eine konkretisierte, verbindliche NIV-Charta zur Nachhaltigkeitsthematik präsentieren. Glauben Sie diesen einfach nicht?

Diesen Absichtserklärungen kann ich im Moment einfach nicht glauben, weil die Vertragsbedingungen des IOC noch gar nicht klar sind.

Die Promotoren versichern, dass der «Stecker gezogen werde» falls die Bedingungen nicht dem vorliegenden Konzept entsprechen. Trauen Sie diesem Versprechen nicht?

Weshalb will man den Stecker erst ziehen, wenn man die Abstimmung bemüht hat? Weshalb hat man auf nationaler Ebene bloss 14 Tage Zeit für eine Vernehmlassung zu einem Bundesbeitrag von einer Milliarde gegeben? Solchen Druck zu machen und nichts Konkretes vorzulegen zur Nachhaltigkeit ist unseriös.

Es wird ein externes Gremium geben, das eine entsprechende Empfehlung abgeben könnte. Trauen Sie dem nicht?

Es wird doch niemand mehr den Stecker ziehen, wenn bis 2015 schon Millionen Franken in das Projekt investiert wurden. Das zu glauben wäre blauäugig. Zudem hat dieses Gremium gar keine Entscheidkompetenz.

Die Gegner des Projekts behaupten, das IOC wolle gar keine solchen Spiele. Dann müssen sie sich ja nicht vor einer Kandidatur fürchten, diese hinterlässt ja keine Umweltschäden ...

Dann müssen wir auch kein Geld ausgeben für eine Kandidatur, denn man weiss ja aus Erfahrung, wie das IOC die Spielregeln diktiert.

Wäre es nicht ein Chance, dem IOC mit der Bündner Kandidatur ein «ökologisches Feigenblatt» auf dem Präsentierteller zu servieren?

Sie sagen es richtig, ein Feigenblatt! Es ist doch eine Illusion zu glauben, diesen giganti-



Fordert in der NIV-Charta quantifizierte Ziele: Bruno Walder von der Cipra. (yb)

schen Anlass mit dem ganzen Zirkus drumherum und einer enormen Bautätigkeit über Jahre konzentriert in den Alpen so durchzuführen, dass der «ökologische Fussabdruck» kleiner wird als heute. Solche Spiele können nicht nachhaltig sein. Und wie soll das übereinstimmen mit der durch Bundesmillionen geförderten Tourismusstrategie «Schweiz, ganz natürlich»?

Es wäre doch eine grosse Chance, die Schweiz mit «grünen, weissen Spielen» als ökologisches Vorzeigebispiel zu positionieren?

Das ist Augenwischerei. Die Spiele werden nie so stattfinden, wie man sie vorschlagen möchte. Wir werden allfällige nachgelieferte Zahlen der NIV-Charta genau studieren und prüfen, ob es sich dabei bloss um Abstimmungspropaganda in letzter Minute handelt. Ohne quantifizierte Ziele werden dies alles leere Versprechungen bleiben.

Die Spiele sollen CO₂-neutral sein ...

Ja, mit eingekauften Zertifikaten. Solche können sich nur reiche Länder leisten, die damit den CO₂-Ausstoss exportieren. Das ist unehrlich. Wenn die Spiele nur so durchgeführt werden, verzichten wir besser darauf. (nw)

► «Weiteres leeres Versprechen ...»

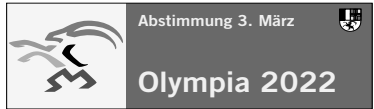
«Weiteres leeres Versprechen an die Jugend»

Nun haben sich auch die Olympiageegner an die Öffentlichkeit gewandt. Sie kritisieren unter anderem die Vorgehensweise und die «leeren Versprechen» der Befürworter.

Von Marc Melcher

In einer «penetranten Art und Weise» würden die Olympiapromotoren momentan versuchen, Olympische Spiele in Graubünden schönzureden – Nationalrätin Silva Semadeni hat gestern vor den Medien nicht mit Kritik an der Vorgehensweise der Befürworter gespart. Auf einige Grossräte aus dem bürgerlichen Lager sei Druck gemacht worden: «Von diesen erfahren wir dann erst hinter vorgehaltener Hand, dass sie gegen das Projekt sind.» Das zeige auch, wie viel Geld die Promotoren zur Verfügung hätten.

Geld ist auch ein zentrales Thema in der Argumentation der Gegner. «Die öffentliche Hand muss tief in die Tasche greifen», glaubt Semadeni. Der Kanton wolle mit den 300 Millionen Franken einen Drittel seiner Reserven bereitstellen und «weitere 300 Millionen im Olympiabudget sind ungedeckt. Eine De-



fitzgarantie will niemand abgeben.» Und das Defizit würden Kanton und Gemeinden tragen müssen.

Was geschieht nach Olympia?

Dass Olympische Spiele als Spiele der Jugend bezeichnet werden, hält Hanna Bay, Co-Vorsitzende der Juso Graubünden, für falsch: «Olympia ist ein weiteres leeres Versprechen an die Jugend.» Die wahren Anliegen der Jungen wie ei-



Glauben nicht an die Versprechen: Juso-Graubünden-Co-Vorsitzende Hanna Bay, SP-Grossrätin Beatrice Baselgia, SP-Nationalrätin Silva Semadeni und Cipra-Geschäftsführer Bruno Walder (v.l.). (yb)

nen umfassenden Servicepublic oder Platz für eine vielfältige Jugendkultur würden in der Politik oft auf wenig Gehör stossen. «Die Jungen haben ein schweres Erbe», betonte Bay. Und gerade für diese Generation seien die Spiele mehr Risiko als Chance: «Besonders die Jugend muss sich die Frage stellen: 'Was geschieht nach Olympia?'» Und die wirtschaftlichen, ökologischen und finanziellen Prognosen für die Jahre nach einem solchen Grossanlass seien düster.

Bereits jetzt würden sich Schulden abzeichnen. Schulden, die sicher nicht im Interesse der Jungen seien, meint Bay: «Als Jugendliche bin ich nicht bereit, die Zeche für die Fehler anderer zu bezahlen.» Für die Juso-Politikerin ist Olympia auch nicht die richtige Lösung, die Jungen zurück in die Berge zu locken. Dieses Argument empfinde

sie als «ziemlich heuchlerisch». Das Problem bestehe nämlich darin, dass die Jungen sich Ferien in den Bergen gar nicht mehr leisten könnten.

«Etikettenschwindel»

Bruno Stephan Walder, Geschäftsführer der Internationalen Alpenschutzkommission (Cipra), seinerseits kann im Projekt keinen Pioniergeist erkennen: «Pioniergeist bedeutet heute für die Schweiz, den ökologischen Fussabdruck zu verkleinern.» Mit Olympia würde dieser aber lediglich vergrössert. Auch an das Versprechen der Charta, welche die Befürworter letzte Woche präsentiert haben, glaubt Walder nicht: «Dort steht zwar drin, bis zu den Spielen müsse Graubünden den ökologischen Fussabdruck verringern. Wie das gemacht werden soll,

wird aber nicht gesagt.» Dazu bräuchte es eine klare Orientierung an Standards wie der 2000-Watt-Gesellschaft. Nachhaltige Spiele seien ein Etikettenschwindel, denn für nachhaltige Spiele bräuchte es einen Richtungswechsel. «Davon ist das Internationale Olympische Komitee, das die Bedingungen diktiert, noch weit entfernt.»

Grossrätin Beatrice Baselgia (SP) fragt sich derweil: «Raubt die Kraft der Ringe den Verstand?» Die Frage stelle sich, weil rational denkende Menschen für einen einzigen Anlass 300 Millionen Franken des Kantonsvermögens und eine Milliarde Franken des Staatsvermögens «verschleudern» wollen. Es beständen zwar noch grosse Fragezeichen im Hinblick auf die Finanzierung. «Klar ist nur: Es wird teuer, sehr teuer», ist sich Baselgia sicher.

► **Kommentar Seite Klartext**

Transitzentrum

Gespräche Ja, Verzicht auf «Laax» Nein

Die Schaffung eines Transitzentrums in Laax stösst erwartungsgemäss auf Widerstand. Neu ist allenfalls die Form der Opposition: Touristiker Reto Gurtner droht mit Steuerboykott.

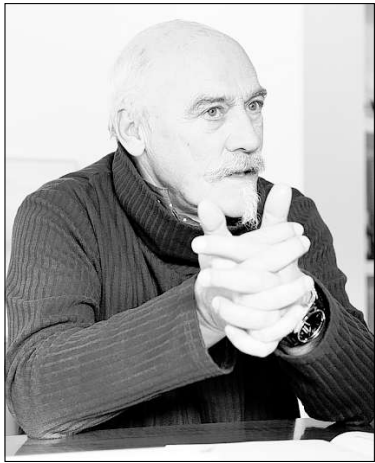
Von Christian Buxhofer

Graubünden ist wieder ein Thema in den nationalen Medien: «Laaxer Touristiker Reto Gurtner wettet gegen Asylunterkunft» titelte gestern die NZZ, «Bergbahnchef droht mit Steuerboykott» hiess es im «Tagess-Anzeiger». In einem Mail, das an Gemeindepräsidenten und Touristiker der Region gerichtet war und den Weg in die Öffentlichkeit fand, kritisierte Gurtner, dass der Kanton das Hotel «Rustico» in Laax per 1. Juli 2013 als Transitzentrum nutzen möchte. Mit dem Durchgangszentrum für Familien in Schluein habe «unsere Region» bereits heute «schon wesentlich mehr» Asylbewerber als andere Regionen, argumentiert Gurtner (siehe Titelseite). Deshalb dürfe das zusätzliche Zentrum in Laax «unter

keinen Umständen» akzeptiert werden. Gurtners Aufruf: «Sollte der Kanton die Asylunterkunft trotzdem durchdrücken wollen, so werden wir die Kantonssteuern kollektiv nur noch auf ein Sperrkonto zahlen, bis uns Gerechtigkeit im Verhältnis zu anderen Regionen im Kanton zugestanden wird.» Für ergänzende Auskünfte war Gurtner gestern nicht erreichbar. Gegenüber der NZZ liess er aber durchblicken, dass er das Mail wohl nicht mehr so scharf formulieren würde und dass er auf Zitate des früheren australischen Premiers John Howard, der sich kritisch zur Einwanderung äussert, hätte verzichten sollen.

Rathgeb nimmt Anliegen ernst

Der zuständige Regierungsrat Christian Rathgeb zeigte sich gestern vom Widerstand in Laax nicht überrascht (siehe auch Titelseite). Die Eröffnung einer neuen Asylunterkunft sei eine «hochemotionale Angelegenheit», da gebe es immer Diskussionen, und es würden immer Ängste geäussert. Dafür habe er Verständnis und er sei in solchen Situationen immer bereit, den Entscheid vor Ort zu erläutern und auch gegenüber der Bevölkerung Red und Antwort zu stehen. Aussa-



Droht mit Steuerboykott: Reto Gurtner. (bt)

gen, Kritik und Forderungen von Bürgern nehme er generell ernst, unabhängig davon, wie prominent die Urheber seien, sagte Rathgeb auf die Frage, wie er die Aussagen Gurtners einordne.

Der Kanton bemühe sich, bei der Standortwahl die Belastungen der Regionen mitzubetrachten. Die Voraussetzungen seien aber vielfältig und die Auswahl an möglichen Gebäuden sei immer sehr klein. Für eine vernünftige Betriebsführung, zu der unter anderem auch die Verpflegung, Betreuung, Befragung und der Schulbe-

trieb gehöre, müsse eine Liegenschaft eine bestimmte Grösse aufweisen. Dass aufgrund dieser Vorgaben die Belastung einzelner Regionen, wie jetzt die Surselva, grösser sei, sei deshalb «nicht vermeidbar». So seien in Davos derzeit beispielsweise sogar zwei Asylunterkünfte in Betrieb. Und andere Regionen müssten beispielsweise durch den Betrieb von Waffenplätzen eine übermässige Belastung in Kauf nehmen, so der Justizminister. Einfacher wäre es für den Kanton, die Unterbringung der Asylbewerber den Gemeinden zu übertragen, wie das andere Kantone machen würden: «Wir wollen dieses Problem aber nicht auf die Gemeinden abschieben», so Rathgeb.

«Entscheid ist definitiv»

Am Entscheid der Regierung, in Laax ein zusätzliches Transitzentrum bereitzumachen und «frühestens am 1. Juli» in Betrieb zu nehmen, werde festgehalten, betonte Rathgeb weiter. Der Kanton sei aber auf gute Partnerschaft mit den Gemeinden angewiesen. Deshalb werde bei der Umsetzung des Vorhabens die Kooperation mit der Gemeinde gesucht und man sei bestrebt, sachliche Anliegen aufzunehmen.

► **Kommentar Seite Klartext**